

Kommentar

Jasperallee und Demokratie

Anders als große Teile der Menschheit leben wir erfreulicherweise in einer Demokratie. Kritik daran ist Jammern auf hohem Niveau. Der Ratsbeschluss zur Fällung der Jasperallee-Ahorne ist zwar legal, aber trotzdem gegen große Teile der Bevölkerung gefällt worden. Das macht keinen demokratisch-legitimen Eindruck. Der Entscheidungsprozess ist seitens der Stadt bis heute geprägt von mangelhafter Bürger/innenbeteiligung, unfairen Praktiken und der mangelnden Bereitschaft, sich mit den sachlich fundierten Argumenten und auch mit den Emotionen der KritikerInnen auseinanderzusetzen. Die Berichterstattung ist unausgewogen. PolitikerInnen der Parteien mit drei Buchstaben verstecken sich lieber hinter ihrem Mandat, statt sich von ALLEN Seiten informieren zu lassen, alle Sichtweisen abzuwägen, mit BaumschützerInnen zu diskutieren und mögliche Kompromisse wenigstens in Betracht zu ziehen. Die Reaktion der Stadtverwaltung war und ist nur, ihren umstrittenen Plan mit großer Energie und einer beispiellosen Marketingkampagne zu bewerben. Mit unseren Steuergeldern. Was darunter leidet, sind nicht nur Bäume und Klima, sondern vor allem unsere Demokratie!

PolitikerInnen und ihre Verwaltungen sollten eigentlich den Willen der BürgerInnen vertreten und umsetzen. Das wäre demokratisch. Leider wird Politik stattdessen viel zu oft nicht-öffentlich von einflussreichen Leuten und LobbyistInnen verhandelt und gestaltet. In den Parlamenten findet dann nur noch ein Schlagabtausch über längst gefällte Entscheidungen statt - faire und unvoreingenommene Debatten zur Meinungsbildung vor dem Fällen von Beschlüssen leider nicht.

Viele Menschen, die sich nur aus den Medien informiert haben, gehen irrtümlich davon aus, dass die Jasperallee-Ahorne krank seien. Dies halten wir für ein Ergebnis unausgewogener Berichterstattung. Es ist hauptsächlich auf die ständige Wiederholung in der Braunschweiger Zeitung (BZ) zurückzuführen, die in fast jedem Artikel von „kranken Bäumen“ geschrieben hat. Ähnliches gilt für den vermeintlichen „Bauschutt“. Oft übernehmen andere Medien so etwas ungeprüft. Sogar SPD-Fraktionsvorsitzender Bratmann und Oberbürgermeister Markurth benutzen diese Worte in der Öffentlichkeit, obwohl sie es eigentlich besser wissen müssten: der externe Gutachter Dr. Scherer hat nur von „unterschiedlich vitalen Bäumen“ gesprochen, der Fachbereich Stadtgrün und Sport hat die Frage, ob die Bäume krank seien, explizit verneint und im Gutachten ist das für jeden einzelnen der (ehemals) 87 Bäume belegt. Die BZ ist in dieser Angelegenheit ihrer großen Verantwortung nicht gerecht geworden. Sie hat damit die öffentliche Meinung und die Ratsleute in hohem Maße einseitig beeinflusst.

Die BI Baumschutz setzt sie sich nicht für private Eigeninteressen, sondern für das Allgemeinwohl ein. Ihre ehrenamtlich durchgeführte Meinungsumfrage hat eine deutliche Mehrheit von 99,5 % der Befragten für Baumerhalt und Lückenbepflanzung ergeben. Dafür haben sich immerhin fast 16.000 BürgerInnen ausgesprochen. Dieser immense Zuspruch ist bis heute ungebrochen (anders als die Auswahl der Leserbriefe in der BZ vermuten lässt). Natürlich wäre es besser, eine repräsentative Umfrage durchzuführen. Dafür sollten aber im Vorfeld beiden Seiten die gleichen Chancen eingeräumt werden, ihre Argumente zu verbreiten und öffentlich zu diskutieren, insbesondere auch mit den PolitikerInnen. Eine auf solcher Grundlage gefällte Entscheidung hätte sicherlich eine wesentlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung. Das täte unserer Demokratie gut!

Edmund Schultz